

Donges, Jürgen B.; Fels, Gerhard; Schmidt, Klaus-Dieter; Walter, Norbert; Giersch, Herbert

**Working Paper — Digitized Version**

## Weltwirtschaft im Übergang: Beiträge zu einer Vortragsveranstaltung des Instituts für Weltwirtschaft

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 45

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Donges, Jürgen B.; Fels, Gerhard; Schmidt, Klaus-Dieter; Walter, Norbert; Giersch, Herbert (1976) : Weltwirtschaft im Übergang: Beiträge zu einer Vortragsveranstaltung des Instituts für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 45, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/48078>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Weltwirtschaft im Übergang

Beiträge zu einer Vortragsveranstaltung des Instituts für Weltwirtschaft

Juergen B. Donges

Industrialisierung der Entwicklungsländer - Ziele und Chancen

Gerhard Fels

Der Standort Bundesrepublik im internationalen Wettbewerb

Klaus-Dieter Schmidt

Sättigungserscheinungen beim privaten Verbrauch?

Norbert Walter

Der neue Konjunkturaufschwung nur ein Zwischenhoch?

Herbert Giersch

Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen

A<sup>9</sup> 280 76 Weltwirtschaft  
Kiel

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Dr. Juergen B. Donges Leiter der Abteilung "Entwicklungsländer":	
<i>Industrialisierung der Entwicklungsländer -     Ziele und Chancen</i> .....	3
 Professor Dr. Gerhard Fels Leiter der Abteilung "Struktur und Weltwirtschaft":	
<i>Der Standort Bundesrepublik im internationalen     Wettbewerb</i> .....	9
 Diplom-Volkswirt Klaus-Dieter Schmidt Leiter der Forschungsgruppe "Sektorale Prognosen":	
<i>Sättigungserscheinungen beim privaten Verbrauch? .....</i>	14
 Dr. Norbert Walter Leiter der Forschungsgruppe "Konjunktur":	
<i>Der neue Konjunkturaufschwung nur ein Zwischenhoch? ..</i>	22
 Professor Dr. Herbert Giersch Direktor des Instituts für Weltwirtschaft:	
<i>Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen</i> .....	27

Juergen B. Donges

## Industrialisierung der Entwicklungsländer - Ziele und Chancen

1. Im Rahmen ihrer Bemühungen um eine neue Weltwirtschaftsordnung haben sich die Entwicklungsländer zum Ziel gesetzt, die internationale Standortstruktur der Verarbeitenden Industrie kräftig zu ihren Gunsten zu verschieben. Gegenwärtig sind die Entwicklungsländer - so wie sie es bereits zu Beginn der Ersten Entwicklungsdekade im Jahre 1960 waren - mit knapp 7 vH an der Weltindustrieproduktion beteiligt. Bis zum Jahre 2000 soll dieser Anteil auf 25 vH ansteigen. Dabei ist angenommen, daß die Industrieländer ihre Produktion um jahresdurchschnittlich mindestens 4 vH (real) ausdehnen. Unter dieser Annahme müssen die Entwicklungsländer für ihre industrielle Produktion eine Wachstumsrate von mindestens 10,5 vH (real) erreichen, also deutlich mehr, als seinerzeit beispielsweise in der Zielprojektion für die Zweite Entwicklungsdekade (1970-1980) für "machbar" gehalten worden war (8 vH p. a.).
2. Welche Realisierungschancen können dem Ziel einer so kräftig beschleunigten Industrialisierung in der Dritten Welt eingeräumt werden? Die Antwort hierauf ist schwierig, und zwar nicht so sehr deshalb, weil die Zukunft auf weitere Sicht kaum vorhersehbar ist, sondern eher aus Ungewißheit darüber, ob von dem entsprechend großen Spielraum für die wirtschaftspolitische Gestaltung der Zukunft zieladäquat Gebrauch gemacht wird oder werden kann (in den Entwicklungsländern ebenso wie in den Industrieländern). Könnten wir davon ausgehen, daß die Kräfte, die in der Vergangenheit die industrielle Entwicklung in der Welt bestimmt haben, auch in den kommenden 25 Jahren wirksam sein werden, so erweist sich das Industrialisierungsziel der Entwicklungsländer als nicht unrealistisch. Dieses Urteil gründet sich auf jene Strukturbilder, die wir dank zahlreicher internationaler Querschnittsanalysen (darunter auch solche aus dem Institut für Weltwirtschaft) vom Zusammenhang zwischen Entwicklungsstand und gesamtwirtschaftlichem Produktionsgefüge her kennen. Danach würde in den Industrieländern mit weiterhin steigendem realen Pro-Kopf-Einkommen der relative Anteil des Industriesektors zugunsten des tertiären Bereichs abnehmen. Umgekehrt wäre es in den meisten (heutigen) Entwicklungsländern. Dort dürfte das Pro-Kopf-Einkommen fürs erste noch innerhalb jener Spanne bleiben, in der der Beitrag der Verarbeitenden Industrie zur gesamten Wertschöpfung steigt, und zwar so, daß der anvisierte Wandel der Weltindustriestruktur zustande käme.
3. Doch ist zweifelhaft, ob man mit guten Gründen Vergangenheitstrends einfach extrapolieren kann. Der strukturelle Anpassungsbedarf, der in den letzten Jahren abrupt und sich gegenseitig verstärkend in den Industrieländern und insbesondere in den nicht erdölproduzierenden Entwicklungsländern aufgetreten ist, wird sich, wie die intuitive Erfahrung lehrt, nicht ganz ohne negative Einflüsse auf Preisniveau, Wachstumstempo und Beschäftigungsgrad

befriedigen lassen. Insbesondere die Ölverteuerung bewirkt, daß die nicht erdölproduzierenden Entwicklungsländer einen wesentlich größeren Teil ihrer Exporterlöse (Faktor 2,5 gegenüber den Jahren vor 1973) für die Finanzierung des Ölimportbedarfs aufwenden müssen, so daß weniger Importkapazität für andere Zwecke, wie etwa wachstumsbeschleunigende Investitionen, zur Verfügung steht. Und selbst wenn die Anpassung des Produktionsgefüges an plötzlich und drastisch geänderte Kostenstrukturen stattgefunden hat, begründen zwei weitere Überlegungen die Vermutung, daß das Industrialisierungstempo in den Entwicklungsländern doch weniger schnell sein wird als erstrebt. Die beiden Überlegungen resultieren aus der Abhängigkeit von ausländischen Investitionen und aus der Konkurrenz des Industrialisierungsziels mit anderen entwicklungspolitischen Zielen.

4. Zum Investitionsargument: Damit die Entwicklungsländer ihre Industrialisierung beschleunigt vorantreiben können, müssen nach vorliegenden Schätzungen 80-90 vH des für das Jahr 2000 projizierten Produktionspotentials in der Verarbeitenden Industrie in den kommenden 25 Jahren erst noch errichtet werden. Angesichts der Grenzen, die bei der geringen Sparfähigkeit der inländischen Sachkapitalbildung gesetzt sind, ist der Bedarf an ausländischen Direktinvestitionen, die auch das nötige "know-how" inkorporieren, evident und erheblich größer als in der Vergangenheit. Damit aber ausländische Unternehmen die in diesem Bedarf liegenden Chancen nutzen, müssen sie davon ausgehen können, daß ihre Eigentumsrechte in den Entwicklungsländern respektiert werden. Dazu scheinen diese Länder in ihrer Mehrheit gegenwärtig nicht bereit, nachdem sie in den Vereinten Nationen mit der neuen Welthandelscharta auch das Verstaatlichungspostulat nach nationalem Recht (was praktisch einer permanenten Konfiszierungsdrohung gleichkommt) durchgesetzt haben. Die dadurch und in Verbindung mit zum Teil exzessiven Devisenkontrollen bewirkte Verschlechterung des Investitionsklimas in der Dritten Welt wird, wenn es dabei bleibt, die internationalen Kapitalströme in andere als die unter dem Gesichtspunkt einer beschleunigten Industrialisierung erwünschten Bahnen lenken. Und zwar wird in viele Entwicklungsländer nicht genügend Privatkapital fließen (zum Nutzen einiger sozialistischer Industrieländer) und mit den verminderten Kapitalimporten wird sich auch der Zufluß von Technologie so reduzieren, daß auf Jahre hinaus die Chancen für ein Aufholen im weltwirtschaftlichen Industrialisierungsprozeß (unter Umständen fühlbar) beschnitten werden.
5. Zur Zielkonkurrenz: Der Spielraum für Sachkapitalbildung im industriellen Bereich kann sich auch deshalb als enger erweisen, als zieladäquat ist, weil die chronisch unzureichende Nahrungsmittelversorgung und die drückende Dauerarbeitslosigkeit viele Entwicklungsländer zwingen wird, in erheblichem Umfang knappe Ressourcen (einschließlich Devisen) für die Entwicklung des Agrarsektors einzusetzen (nachdem dieser Sektor in der Vergangenheit in der Regel zugunsten der Industrie diskriminiert worden ist). Modellrechnungen des Instituts für Weltwirtschaft haben ergeben, daß bei einer derart rasanten Beschleunigung des Industrialisierungsprozesses in der Dritten Welt, wie jetzt anvisiert, zwar 30 zusätzliche Arbeitsplätze je 1000 Einwohner in der Industrie geschaffen, gleichzeitig aber 100 Arbeitskräfte in der Land-

wirtschaft freigesetzt würden. Es ist kaum vorstellbar, daß eine derartige Fehlentwicklung wirtschaftspolitisch zugelassen wird. Denn sie trägt, ebenso wie das Nahrungsmittelproblem, den Keim sozialer Spannungen in sich, die sehr schnell in unkontrollierbare revolutionäre Entwicklungen führen können. Wird hingegen für eine nachhaltige Steigerung der Agrarproduktion gesorgt - was in vielen Entwicklungsländern technisch möglich ist -, so läßt sich nicht nur die Nahrungsmittelversorgung breiter Bevölkerungsschichten verbessern, sondern es werden auch die Beschäftigungsmöglichkeiten vergrößert und es wird auf diese Weise der Freisetzung von Arbeitskräften und deren Wanderung in die Städte entgegengewirkt. Bei einer derartigen Strategie würde die Industrialisierung, anders als in der Vergangenheit, über möglichst weite Gebiete verstreut und vorwiegend in ländlichen Regionen stattfinden müssen. Das hätte mit Sicherheit den Vorteil größerer Arbeitsintensität in der Produktion als bei großindustrieller Entwicklung in Agglomerationszentren. Doch mit der Stimulierung der Landwirtschaft und der ländlichen Industrie gewinnen zwei große Sektoren an Gewicht, in denen die Produktivität oft niedriger ist und langsamer steigt als im modernen Industriesektor. Dadurch wird der gesamtwirtschaftliche Produktivitätsfortschritt, der eine wichtige Wachstumsdeterminante ist, abgeschwächt.

6. Mit den heute bekannten oder voraussehbaren Tatbeständen scheint mir infolgedessen für die kommenden 25 Jahre in den Entwicklungsländern ein industrielles Wachstum mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von 8 vH wahrscheinlicher als die postulierten Zielraten. Und der Anteil dieser Ländergruppe an der Weltindustrieproduktion wird im Jahre 2000 eher bei 15 vH als bei 25 vH liegen, wobei der Industrialisierungserfolg, den diese Durchschnittszahlen anzeigen, von Land zu Land sehr unterschiedlich ausfallen kann. So war es ja schon in der Vergangenheit, und die differierenden wirtschaftlichen, strukturellen und politischen Rahmenbedingungen werden auch künftig unterschiedliche Wachstumsraten des Industriepotentials begründen. Zu einem wesentlichen Teil wird diese Industrialisierung durch Importsubstitution getragen sein. Doch eine zunehmend wichtige Antriebskraft wird auch von Halb- und Fertigwarenexporten ausgehen müssen, wenn der Industrialisierungsprozeß nicht in die Sackgasse geraten soll. Den industriell schon weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländern kommt dabei die Rolle des Schrittmachers zu. Zwar sind, nach allen bisherigen Erfahrungen zu urteilen, in den sich industrialisierenden Entwicklungsländern die spontanen Kräfte im allgemeinen nicht stark genug, um inländische Unternehmer "exportbewußt" zu machen. Doch gibt es aufschlußreiche Belege dafür, wie eine Industrialisierungspolitik, die nicht einseitig binnenmarktorientierte Aktivitäten stimuliert, sondern dezidiert auch den Export fördert, sichtbare und relativ rasche Erfolge zeitigen kann: Die Außenhandelspolitik muß so gestaltet sein, daß der Export durch Protektionsmaßnahmen nicht künstlich diskriminiert wird; die Wechselkurspolitik muß sicherstellen, daß Außenwert und Binnenwert der Währung nicht auseinanderklaffen; und Arbeitsmarkt-, Kredit- und Fiskalpolitik zusammengenommen müssen dafür sorgen, daß die relativen Faktorpreise mit den Faktorknappheitsrelationen übereinstimmen und daß öffentliche Güter nicht zu einem Preis angeboten werden, der merklich unter den sozialen Grenzkosten

ihrer Produktion liegt. Wenn die Exportneigung der Industrieunternehmen dennoch gedämpft bleibt, weil die Unkenntnis ausländischer Märkte groß ist und die Informationsbeschaffung durch die einzelnen Unternehmen mit privaten Kosten verbunden wäre, die die sozialen Kosten übersteigen, kann der Staat durch die Gründung von Handelskammern sowie durch die Veranstaltung von und die Teilnahme an internationalen Fachmessen oder durch gezielte Werbekampagnen wirkungsvoll helfen.

7. Gehen wir davon aus, daß die in der Dritten Welt noch seltenen Beispiele einer rationalen, weil den Kriterien einer effizienten Spezialisierung weitmöglichst Rechnung tragenden Industrialisierungspolitik breite Nachahmung finden, so bedeutet dies zunächst einmal, daß Entwicklungsländer den Warenaustausch untereinander kräftig intensivieren. Der Anteil der Halb- und Fertigwareneinfuhren aus Entwicklungsländern am Inlandsverbrauch solcher Güter in diesen Ländern, der gegenwärtig nur 7-8 vH beträgt, kann sich leicht vervierfachen. Möglich erscheint dies deshalb, weil im Verlauf der weiteren Industrialisierung auch die Angebotspalette breiter wird. Und genau dieser Umstand wird, zum anderen, auch den Angebotsdruck in den Industrieländern (bei liberaler Einfuhrpolitik) verstärken und infolgedessen hier den außenwirtschaftlich bedingten Strukturwandel beschleunigen. Während die Halb- und Fertigwarenausfuhren aus Entwicklungsländern zur Zeit nicht mehr als 1 vH des Inlandsverbrauchs der Industrieländer ausmachen, kann sich dieser Anteil im Jahre 2000 auf 5 vH belaufen; das würde einem guten Drittel der gesamten Halb- und Fertigwareneinfuhren der Industrieländer entsprechen (1975: rd. 7 vH).
8. Obwohl Prognosen dieser Art mit vielen Unsicherheiten und Unwägbarkeiten behaftet sind, deuten die vorliegenden empirischen Untersuchungen eindeutig darauf hin, daß das Exportpotential der Entwicklungsländer im industriellen Bereich, nach Erreichen eines bestimmten Entwicklungsniveaus (ein Pro-Kopf-Einkommen zwischen 500 und 1000 US-\$, je nach Größe des Landes), groß wird. Schon in den sechziger Jahren haben die Halb- und Fertigwarenausfuhren der Entwicklungsländer kräftig zugenommen: mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von 15 vH, so daß sich der Anteil an der Gesamtausfuhr von 9 vH (1960) auf 21 vH (1973) erhöht hat (ohne Erdöl: von 20 vH auf 38 vH). Zu einem Viertel kann diese Expansion mit einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit erklärt werden. Und zum überwiegenden Teil geht sie auf das Konto von etwa 15 Entwicklungsländern. Während der jüngsten weltwirtschaftlichen Rezession 1974 und 1975 haben diese Entwicklungsländer Marktanteile in den Industrieländern ausbauen können - auch und insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, dem größten Abnehmer von Fertigwaren aus Entwicklungsländern innerhalb der EG. Wer trotz schwacher Auslandskonjunktur seine Lieferungen so kräftig erhöhen kann, wie es die Entwicklungsländer in den vergangenen beiden Jahren getan haben, dokumentiert ein beträchtliches Maß an internationaler Wettbewerbsfähigkeit in bezug auf Preis und/oder Qualität. All dies zusammengenommen impliziert, daß mit fortschreitender Industrialisierung in immer mehr Ländern das Expansions-tempo bei Halb- und Fertigwarenexporten aus der Dritten Welt an Geschwin-

digkeit zunehmen wird. Jahresdurchschnittliche Raten von, sagen wir, 18-20 vH liegen im Bereich des Möglichen.

9. Die naheliegende und aus der Sicht der Industrieländer wichtige Frage, die sich aufdrängt, ist die nach den Schwerpunkten der Exportfähigkeit der Entwicklungsländer im Verlauf der künftigen Industrialisierung. Soweit Standortvorteile im internationalen Wettbewerb durch komparative Kostenunterschiede determiniert werden, kommen zwei große Produktionsbereiche in Betracht: Der eine umfaßt rohstoffintensive Branchen, zumal die Entwicklungsländer, die über eigene Rohstoffe verfügen, diese in stärkerem Maße im eigenen Land verarbeiten wollen und, soweit es agrarische und textile Rohstoffe betrifft, in erheblichem Umfang auch können. Der andere Bereich umfaßt jene Branchen, die relativ arbeits- und lohnintensiv produzieren und vergleichsweise wenig Einsatz an Sachkapital und qualifizierten Arbeitskräften erfordern.
10. Konkretere Anhaltspunkte lassen sich aus der Vergangenheitsentwicklung der Nettoexporte einzelner Branchen im Vergleich zu der der industriellen Nettoexporte insgesamt gewinnen. Auf der Grundlage von Erfahrungswerten für 15 Entwicklungsländer<sup>1</sup> und je 119 Produktgruppen<sup>2</sup> ergibt sich ein bemerkenswertes Bild. Es ist dadurch gekennzeichnet, daß das Spektrum, in dem sich komparative Wettbewerbsvorteile herausgebildet haben, schon außerordentlich breit ist. Dieses Spektrum umfaßt in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie insbesondere Fisch-, Gemüse- und Obstwaren, sowie alkoholfreie Getränke; in der Verbrauchsgüterindustrie insbesondere Lederwaren, Holzwaren und Möbel, Garne, Baumwollgewebe und fertigestellte Spinnstoffwaren, Bekleidung, Schuhe, sowie Motor- und Fahrräder, elektrische Haushaltsgeräte, Kunststoffwaren, Spielzeuge, Schneidwaren und Bestecke. Außerdem bilden sich schon erste Schwerpunkte in den Produktions- und Investitionsgüterindustrien heraus, so etwa bei Baustoffen, chemischen Düngemitteln, Massenstahl, Landmaschinen, Schienenfahrzeugen, Schiffen, sowie bei standardisierten Werkzeugmaschinen, Pkw-Zubehörteilen und elektrotechnischen Erzeugnissen.
11. Hierin kommt zum Ausdruck, wie die Entwicklungsländer im Verlauf ihrer Industrialisierung dazu tendieren (können), in der Produktion zu übernehmen und nachzuahmen, was vorher die reichen Länder erdacht und gebaut haben. Der industrielle Fortschritt in diesem Teil der Welt erfordert also keine risikoreichen Erfinder- und industriellen Pionieraktivitäten. Und in dem Maße wie mit fortschreitender Industrialisierung das Angebot an Sachkapital elastischer wird und das durchschnittliche Qualifikationsniveau der Arbeits-

<sup>1</sup> Bei den Ländern handelt es sich um Ägypten, Brasilien, Hongkong, Indien, Israel, Jugoslawien, Kolumbien, Korea (Süd), Malaysia, Mexiko, Pakistan, Singapur, Spanien, Taiwan und die Türkei. Auf diese Länder entfallen vier Fünftel des Entwicklungsländeranteils am Weltexport mit Halb- und Fertigwaren.

<sup>2</sup> Dreistellige SITC-Warengruppen, die der ISIC 20-39 zugeordnet werden können.

kräfte steigt, können diese Entwicklungsländer günstige Standortbedingungen auch für die Herstellung jener Produkte bieten, die einst forschungintensiv waren, nun aber voll ausgereift und standardisiert sind. Auf diese Weise unterliegt das weltwirtschaftliche System substitutiver Arbeitsteilung einem permanenten Wandel, weil die optimalen industriellen Produktionsstandorte immer wieder von den (heute) hochindustrialisierten Ländern in die (heute) halbindustrialisierten und von diesen in die (heute) am wenigsten industrialisierten wandern. Dieser Prozeß, den die von der Wirtschaftswissenschaft operational formulierte Produktzyklus-Hypothese beschreibt, schiebt in den Entwicklungsländern Grenzen des industriellen Wachstums immer wieder hinaus, wenngleich der Rahmen für industrielles Wachstum nicht ganz so groß ist, wie sich die Entwicklungsländer dieses in der Euphorie um eine neue Weltwirtschaftsordnung vorstellen. Doch es wäre schon ein beachtlicher Industrialisierungserfolg, wenn überhaupt in den kommenden 25 Jahren das industrielle Produktionspotential schneller steigt, die Möglichkeiten zur Absorption sonst beschäftigungsloser Arbeitskräfte stärker zunehmen und die sektoralen und regionalen Disparitäten kleiner werden - jeweils im Vergleich zur Vergangenheit. Die Frage nach dem sich dabei ergebenden Anteil an der Weltindustrieproduktion ist unter diesen Umständen von vergleichsweise untergeordneter Bedeutung.

Gerhard Fels

## Der Standort Bundesrepublik im internationalen Wettbewerb

1. In der gegenwärtigen Rezession, die bald zwei Jahre alt wird, ist die Frage laut geworden, ob denn das Produktionssortiment, das am Standort Bundesrepublik erzeugt wird, noch zeitgemäß ist. Hinter dieser Frage steht die Vermutung, daß die Rezession nicht nur eine Stabilisierungskrise herkömmlicher Art ist, sondern auch eine tiefgreifende Wachstumsstörung signalisiert, die erst dann überwunden sein wird, wenn sich eine veränderte Produktionsstruktur herausgebildet haben wird. Was gibt Anlaß zu dieser Vermutung? Die Entzerrung des Wechselkursgefüges, die seit Beginn der siebziger Jahre im Gange ist, und die Lohnexplosion, die nach 1973 eintrat, haben eine Reihe von Industriebranchen, die exportintensiv sind oder in starkem Maße mit Importen konkurrieren, in ernsthafte Schwierigkeiten gebracht. Überhaupt ist der Beschäftigtenanteil des Industriesektors und der prozentuale Beitrag der Industrie zur gesamtwirtschaftlichen Produktion seit 1970 rückläufig. Die Industrie ist nicht mehr der Motor des Wirtschaftswachstums wie in den ersten beiden Jahrzehnten der Nachkriegszeit; das galt schon seit 1970 und hat sich in der Rezession ganz deutlich gezeigt. Dafür ist der tertiäre Sektor stark expandiert. Generell kann man sagen, daß das Tempo des Strukturwandels zwischen den großen Sektoren der Wirtschaft - Landwirtschaft, Bergbau, Industrie, Handel, Banken und Versicherungen, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, staatliche und private Dienstleistungen - sich in der ersten Hälfte der siebziger Jahre drastisch verschärft hat. Es war sogar höher als zu Beginn der fünfziger Jahre, als sich die Produktionsstruktur für den Nachkriegsaufschwung herausbildete.
2. Der Sachverständigenrat hat in seinem jüngsten Jahresgutachten die Rezession im Kern als eine herkömmliche Stabilisierungskrise diagnostiziert, die nur deshalb länger gedauert habe als sonst, weil sie diesmal durch die Weltrezession verschärft worden sei. Ich meine, daß der Sachverständigenrat hier eine einseitige Diagnose vorgenommen hat, mit der er sich selbst den Blick für die strukturellen Änderungen verstellt, die im Gange sind oder noch vor uns liegen.
3. Was der Sachverständigenrat im Kern verkennt, wenn er sich ausschließlich auf die Diagnose Stabilisierungskrise verlegt, ist folgendes: Das hohe Lohnniveau der Bundesrepublik ist nur zu einem geringen Teil Konsequenz einer konjunkturellen Fehlentwicklung; Es steht durchaus im Einklang mit dem Ausbildungsniveau der Arbeitskräfte und dem Grad der Kapitalakkumulation, kurzum mit dem Entwicklungsniveau dieses Landes. Die Anpassung der Produktionsstruktur an dieses Entwicklungsniveau ist lange verzögert worden, durch Unterbewertung, anhaltende Hochkonjunktur und in einigen neuralgischen Bereichen auch durch noch bestehende Handelsschranken. Die Phase Unterbewertung und Hochkonjunktur ging nach 1972 mehr plötzlich

als allmählich zu Ende, der Anpassungsbedarf machte sich geltend. Arbeitslosigkeit, die durch nachholenden Strukturwandel entstand, gesellte sich zur zyklisch verursachten Arbeitslosigkeit. Auch das Gegenstück der Arbeitslosigkeit, die Investitionslücke, hat eine strukturelle Komponente, weil viele Unternehmer als Investoren verschwunden sind und andere Zurückhaltung üben, weil sie nicht wissen, wo ihre künftigen Absatzmärkte liegen. Um es auf eine einfache Formel zu bringen: Die Produktionsstruktur, die bei dem mittelfristig zu erwartenden, das heißt konjunkturell entzerrten Reallohniveau mit Vollbeschäftigung vereinbar ist, existiert noch nicht in vollem Umfang.

4. Die Diagnose des Sachverständigenrates - Stabilisierungskrise - wäre nur dann verständlich, wenn er dafür einträte, das Reallohniveau im Vergleich zur Produktivität so weit zu senken, daß die alte Produktionsstruktur wieder wettbewerbsfähig wird. Verständlich wäre seine Diagnose auch, wenn er dafür einträte, zu einer Unterbewertungssituation wie in den sechziger Jahren zurückzukehren, die die äußere Wettbewerbsfähigkeit vergrößerte. Für beide Strategien plädiert der Rat jedoch nicht, beide wären auch kaum gangbar. Die Globalsteuerung à la Keynes, mit der man die Reallöhne zumindest vorübergehend senken konnte, ist unwirksam geworden, seit der Trick mit dem Lohn-Lag nicht mehr funktioniert, die Investoren in realen Größen rechnen, die Geldillusionen also verschwunden sind. Daß sich wieder Wechselkursillusionen wie in den sechziger Jahren erzeugen lassen, ist ebenfalls kaum wahrscheinlich. Was bleibt? Im wesentlichen die Chance, durch Wandel der Produktionsstruktur die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals wieder auf jenes gesamtwirtschaftliche Niveau anzuheben, das bei unserem mittelfristigen Lohnniveau einen hohen Beschäftigungsstand sichert.
5. Eine Möglichkeit, den Lohndruck ohne größeren Strukturwandel aufzufangen, besteht darin, arbeitssparende technische Neuerungen einzuführen. Das gelang in den ersten beiden Jahrzehnten der Nachkriegszeit in hohem Maße. Seit den frühen siebziger Jahren scheint jedoch der Spielraum für arbeitssparende Neuerungen in vielen Branchen abgenommen zu haben (nicht ausgeschlossen ist, daß auch dies eine Ursache für die geringe Investitionsneigung ist). Als Beispiele seien hier die Automobilindustrie und die Textilindustrie genannt, in denen Prozeßinnovationen in den siebziger Jahren längst nicht mehr die Bedeutung wie in den sechziger Jahren haben, was sich nicht zuletzt in langsameren Produktivitätszuwächsen niederschlägt. Die Automobilindustrie hat einen Ausweg in Produktinnovationen gesucht und teilweise auch gefunden. Die Textilindustrie und Bekleidungsindustrie und viele andere Bereiche sehen sich seit einigen Jahren verstärkt zu Standortinnovationen, sprich: Produktionsverlagerungen, gezwungen, eine Strategie, die durch den veränderten Wechselkurs gefördert wird, aber dem Standort Bundesrepublik erheblichen Strukturwandel abverlangt.
6. Eine weitere Komponente des Strukturwandels, den die westdeutsche Wirtschaft in den kommenden Jahren zu bewältigen haben wird, ist in einem

zunehmenden industriellen Exportangebot der Entwicklungsländer zu sehen. Fertigwaren aus Entwicklungsländern machen nur einen geringen Teil der gesamten Fertigwareneinfuhr der Industrieländer aus, sie setzen aber eine Reihe von hier ansässigen Branchen unter starken Anpassungsdruck. In der gegenwärtigen Rezession konnten Industriewaren aus Entwicklungsländern ihre Anteile am heimischen Markt der Bundesrepublik sogar stark ausweiten, was auf eine hohe Wettbewerbsfähigkeit schließen läßt. Modellrechnungen des Instituts für Weltwirtschaft für die westdeutsche Wirtschaft zeigen überdies, daß in den nächsten zehn Jahren, vor allem im Bereich der Verbrauchsgüterindustrien, bis zu 600 000 Arbeitsplätze wettbewerbsunfähig werden, wenn sich die Vergangenheitstrends der Industriewareneinfuhren aus Entwicklungsländern fortsetzen. Mögliche Liberalisierungsschritte, die die jetzt laufende GATT-Runde bringen kann, sind in ihren Wirkungen dabei noch nicht einmal berücksichtigt. Alle diese Entwicklungslinien deuten auf einen weiterhin intensiven Strukturwandel hin.

7. Man muß nicht einem Wachstumspessimismus das Wort reden, wenn man die Probleme anspricht, die aus dem verschärften Strukturwandel resultieren können. Von der Bewältigung des Strukturwandels hängt es schließlich ab, ob die westdeutsche Wirtschaft wieder zu hohem Beschäftigungsstand und befriedigenden Wachstumsraten zurückkehren kann.

Man braucht auch nicht ein Mehr an Strukturpolitik bisheriger Machart, die vor allem Erhaltungssubventionen gewährt, für erforderlich zu halten, wenn man dafür plädiert, dem strukturellen Wandel ins Auge zu schauen.

Maßnahmen aber, die die intersektorale Mobilität und die innovative Aktivität der Unternehmen sowie die räumliche und berufliche Mobilität der Arbeitnehmer erhöhen, wären schon erforderlich. Ebenso wäre daran zu denken, steuerliche Regelungen zu beseitigen, die die Mobilität behindern, wie etwa die Grunderwerbssteuer. Die Einwirkung der Wirtschaftspolitik kann jedoch nur in Ausnahmefällen über die allgemeine Mobilitätsförderung hinausgehen. An sich wäre es wünschenswert, eine vorausgreifende Anpassungspolitik zu betreiben. Die Schwierigkeiten, vor denen eine solche Strukturpolitik steht, bestehen jedoch darin, daß man zu wenig über die künftigen sektoralen Entwicklungstendenzen weiß.

8. Die Bereiche, die vom Strukturwandel negativ betroffen sein werden, das heißt unter Anpassungsdruck geraten werden, lassen sich noch mit einiger Sicherheit angeben. Denn man kann dazu Informationen aus Ländern heranziehen, die weniger entwickelt sind als wir und zu uns aufschließen wollen. Für diese negativ betroffenen Bereiche sind Prognosen möglich, und diese Möglichkeiten sollte man nutzen. Ein häufig beklagter Mangel des marktwirtschaftlichen Systems besteht bekanntlich darin, daß zu wenig Terminmärkte existieren, die künftige Knappheiten oder Überschüsse anzeigen und antizipatives Verhalten initiieren. Wenn aber aufgrund von Forschungen zukunftsrelevante Informationen gewonnen werden können, sollten sie Investoren, Banken und staatlichen Planungsinstanzen in Form einer Informationssynthese zugänglich gemacht werden. Dafür spricht in der Tat vieles, nur sollte sich die Regierung aus dem Prognosegeschäft heraushalten.

Denn Branchenprognosen, die die Regierung abgibt, werden allzu leicht als Zielprojektionen aufgefaßt. Branchen, die in solchen Prognosen als Schrumpfbereiche identifiziert werden, könnten sich zu Recht darüber beklagen, daß ihnen amtlicherseits die Kreditwürdigkeit abgesprochen wird. In Anbetracht des Risikos, das jeder Vorhersage anhaftet, wäre das nicht zu vertreten. Vielmehr sollten unabhängige Gremien oder Institute, nach Möglichkeit im Wettbewerb untereinander, die Prognoseaufgabe übernehmen, gleichsam als marktkonformer Ersatz für staatliche Investitionslenkung.

9. Sehr viel schwieriger ist es, für ein hochentwickeltes Land, das mit an der Spitze der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung marschiert, eine Art Positivliste zu identifizieren, die die künftigen Wachstumsbereiche im Detail aufführt. Über dieses Wissen verfügen auch diejenigen nicht, die eine zentrale Investitionslenkung fordern, es sei denn, sie gehen davon aus, daß höheren Orts bestimmt wird, was auf der Positivliste stehen soll und was nicht. Was auf die Positivliste gehört, ist nur in groben Umrissen bekannt. Zum Beispiel Produktionen, die diejenigen Produktionskräfte besonders intensiv nutzen, mit denen ein hochentwickeltes Industrieland besonders reichlich ausgestattet ist: Das hohe Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte und die Fertigkeit, neue Techniken und Produkte zu entwickeln. Auf der Nachfrageseite ist voraussehbar, daß qualitativ hochwertige Industriewaren aller Art - auch Textilien - sowie tertiäre Güter, etwa solche, die einen steigenden Freizeit- und Kommunikationsbedarf decken, einen wachsenden Markt haben werden. Großer Bedarf besteht bei uns auch an energiesparenden und umweltschonenden Technologien; sie müssen ebenso erst neu geschaffen werden, wie angemessene Fertigungstechniken für Entwicklungsländer. Die hier und heute verfügbaren Technologien sind zu arbeitsparend und können deshalb zur Lösung des Beschäftigungsproblems in den Entwicklungsländern wenig beitragen. Absehbar ist auch, daß der Dienstleistungsanteil an unseren Industrieexporten steigen wird, mehr "soft ware" im Vergleich zur "hard ware" wird exportiert werden. Telekommunikation, Meß- und Regeltechnik, Elektromedizin, Anlagenbau, Kraftwerktechnologien, Prüfmaschinen, Spezialpumpen und Verdichtungsaggregate, Werkzeugmaschinen und viele andere "intelligente" Tätigkeitsfelder werden mit großer Sicherheit auch in Zukunft zu den Wachstumsbereichen in der Bundesrepublik Deutschland gehören. Aber auch wenn man die Zahl der Beispiele vergrößerte, man erhielte immer nur Anhaltspunkte über die ungefähre Richtung der künftigen Entwicklung. Die Investitionschancen in den Wachstumsbereichen sind keineswegs sicher, und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß auch in anderen Bereichen noch Geld zu verdienen ist. Es bleibt das Problem der Unsicherheit im Detail.
10. Das Problem der Unsicherheit löst das marktwirtschaftliche System dadurch, daß es Unternehmer besitzt. In Anlehnung an Frank Knight kann man auch sagen, daß man Unternehmer braucht, weil es unversicherbare Risiken gibt. Friedrich von Hayek sieht die Funktion des Wettbewerbs vor allem darin, daß er ein Entdeckungsverfahren ist, und zwar zur Erkundung neuer Produktionsverfahren, neuer Produkte und neuer Standorte. Es kann wenig Zwei-

fel daran bestehen, daß auf dem Entwicklungsniveau, das die Bundesrepublik inzwischen erreicht hat, die Entdeckungs- oder Pionierfunktion des Unternehmers von viel größerer Bedeutung ist, als dies noch vor zehn oder zwanzig Jahren der Fall war oder als dies in weniger entwickelten Ländern der Fall ist. In Zeiten, in denen man Produktivitätsfortschritte noch dadurch erzielen konnte, daß man bereits vorhandene Technologien auch aus höher entwickelten Ländern importierte, und in denen ungesättigte Märkte vorhanden waren, hatte die unternehmerische Funktion einen anderen Schwerpunkt als heute, wo es darum geht, den wirtschaftlichen und technologischen Möglichkeitsbereich zu erweitern. Der Schumpetersche Typ des Pionierunternehmers ist wieder gefragt.

Klaus-Dieter Schmidt

## Sättigungserscheinungen beim privaten Verbrauch?

1. Fast zwei Jahrhunderte, seit den Zeiten der Klassiker, stand die Nationalökonomie in dem Ruf, eine düstere Wissenschaft zu sein, weil sie immer nur von dem Zwang des Menschen handle, unter dem "kalten Stern der Knappheit" zu leben. Inzwischen sehen sich manche Leute dazu gedrängt, aus dem entgegengesetzten Grund ähnlich düstere Prophezeiungen zu machen: Nicht mehr die Sorge um das tägliche Brot werde das Problem der Zukunft sein, sondern der Überfluß. Für diese Leute ist die Perspektive, wie sie die Nationalökonomie der Menschheit für die nächsten hundert Jahre biete, kaum verlockender: Ein goldener Käfig, in dem man ständig mehr konsumieren müsse, um nicht Hunger und Not zu leiden.
2. Nun lehrt uns die Dogmengeschichte, daß es typische "Problemmodenzyklen" gibt. "Wer kann was Dummes, wer was Kluges denken, das nicht die Vorwelt schon gedacht" (Faust II, 2. Akt). In der Literatur taucht der Stagnationsgedanke sogar auffallend häufig auf, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen:
  - Zunächst wird man sich an die Unterkonsumtionstheorie von Karl Marx erinnern. Danach endet das kapitalistische Wirtschaftssystem in einer gewaltigen Absatzkrise, weil es an Käufern fehlt, die die Produktion aufnehmen können. Der Grund hierfür ist die ungleiche Einkommensverteilung. Denn während die Reichen ihren Bedarf an materiellen Gütern längst gedeckt haben und verzweifelte Anstrengungen machen müssen, um immer neue Möglichkeiten des Konsums aufzuspüren, können sich die Armen nicht das Notwendigste zum Leben kaufen. Die Bedarfssättigung ist also im Marxschen System nicht absolut, sondern relativ, das heißt in bezug auf die kauffähige Nachfrage: Es herrscht die paradoxe Situation, daß die Menschen hungern, obwohl "zuviel" Brot gebacken wird, daß sie kein Dach über dem Kopf haben, obwohl "zuvielen" Wohnungen gebaut werden, und daß sie frieren, obwohl "zuviel" Kleidung produziert wird.
  - Eine zweite Variante der Unterkonsumtionstheorie geht auf Keynes zurück. Der "stagnationstheoretische Keynesianismus" beruht auf dem sogenannten psychologischen Gesetz, das besagt, daß die Menschen mit zunehmendem Wohlstand ihre Verbrauchsausgaben weniger stark ausweiten als ihr Einkommen. Eine Stagnation oder gar ein Schrumpfen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ließe sich nur verhindern, wenn der Rückgang in der Verbrauchsneigung durch einen entsprechenden Anstieg in der Investitionsneigung ausgeglichen wird, was die Keynesianer aus Gründen, die hier nicht erörtert zu werden brauchen, für sehr unwahrscheinlich halten.
3. Es ist sicher kein Zufall, wenn gerade in jüngster Zeit das Stagnationsproblem wieder stärker in den Vordergrund der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion tritt. Sowohl die Marxsche wie die Keynesianische Unterkonsum-

tionstheorie sind, ungeachtet ihrer längerfristigen Aspekte, aus der konjunkturtheoretischen Fragestellung erwachsen: Marx hatte die periodischen Absatzkrisen des neunzehnten Jahrhunderts vor Augen, Keynes die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre. Unter dem Eindruck der hartnäckig anhaltenden Rezession in den westlichen Industrieländern wächst auch in der Bundesrepublik die Besorgnis, bei der Nachfrage der Konsumenten machten sich Sättigungserscheinungen bemerkbar, die einer dauerhaften konjunkturellen Belebung im Wege stünden. Ihre Stütze findet diese Besorgnis scheinbar in der Tatsache, daß die Sparquote der Privaten trendmäßig steigt und daß sie zudem im zweiten Quartal 1975 mit 17 vH ein Niveau erreicht hat, das deutlich über dem bisherigen Trend liegt.

Für die Verfechter eines Konsumpessimismus neuerer Prägung ist es eine feststehende Tatsache - hier mischen sich marxistische und keynesianische Gedanken -, daß die oberen und mittleren Einkommensschichten inzwischen einen so hohen Lebensstandard erreicht hätten, bei dem der Wunsch nach einer weiteren Steigerung immer geringer werde. Manche unter ihnen, wie zum Beispiel John Kenneth Galbraith, meinen sogar, daß die Konsumenten längst darauf verzichtet hätten, ihr Verbrauchsniveau immer höher zu schrauben, wenn sie nicht von den Produzenten ständig dazu angestachelt würden, neue Güter zu erwerben, die ihnen weder Nutzen stifteten, noch Freude bereiteten<sup>1</sup>.

4. Nun läßt sich zwar zeigen, daß die Entwicklung der Nachfrage nach einzelnen Gütern im Zeitablauf einen S-förmigen Verlauf aufweist, den man - etwa für Prognosezwecke - recht gut mit einer logistischen Funktion oder einer Gompertz-Funktion approximieren kann: Mit zunehmendem Einkommen wächst die Nachfrage zunächst überproportional, dann aber unterproportional, bis schließlich ein Zustand der Sättigung erreicht ist. Solche S-förmigen Sättigungskurven können wir vor allem bei langlebigen Gebrauchsgütern beobachten, wie Waschmaschinen, Kühlschränken und Kraftfahrzeugen.

Dennoch handelt es sich um eine unzulässige Generalisation einer an sich richtigen Beobachtung, wenn daraus die These von einer allgemeinen Konsumsättigung abgeleitet wird:

- Soweit bei einzelnen Gütern tatsächlich Sättigungserscheinungen auftreten, sind dies nur die Symptome von längerfristigen Veränderungen in der Verbrauchsstruktur. So ist allgemein bekannt, daß mit zunehmendem Einkommen der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel an den Gesamtausgaben im Trend sinkt, der für Bekleidung und Wohnung etwa konstant bleibt und der für Zwecke des Verkehrs sowie der Bildung und Unterhaltung steigt. Entsprechend den Entwicklungsthesen von Collin Clark und Jean Fourastier haben wir es mit einer Verschiebung in der Nachfragestruktur zu tun, von Gütern des primären Sektors über Güter des sekundären Sektors hin zu Gütern und Dienstleistungen des tertiären Sektors. Dieser Prozeß vollzieht sich gewiß nicht geradlinig - viele Dienstleistun-

<sup>1</sup> J.K. Galbraith, *The Affluent Society*. Cambridge, Boston 1958.

gen werden durch billigere standardisierte Industriegüter verdrängt -, aber er scheint dennoch unaufhaltsam.

- Hinzu kommt, daß mit steigendem Pro-Kopf-Einkommen ein steigender Trend zu qualitativ höherwertigen Produkten festzustellen ist, die Zunahme des wertmäßigen Verbrauchs übertrifft also die des mengenmäßigen Verbrauchs. Das vielleicht beste Beispiel, das sich hier anführen läßt, ist das Automobil von heute, das mit dem vor fünfundsiebzig Jahren nicht mehr vergleichbar ist, sondern ein in jeder Hinsicht völlig neues Produkt darstellt.

Kennzeichnend für diesen Strukturwandel ist, daß zunehmend Güter nachgefragt werden, deren Funktion nicht nur darin besteht, bestimmte Grundbedürfnisse zu erfüllen, sondern denen im Rahmen einer leistungs- und statusbezogenen Gesellschaft ein gewisser Geltungsnutzen zukommt: Für uns alle bedeutet die Kleidung längst nicht mehr nur Schutz vor Kälte, sondern sie dient - indem wir es in unserer Buntheit den Vögeln gleichtun - auch ästhetischen und erotischen Zwecken. Es ist geradezu eine Binsenweisheit, daß Menschen, solange sie in einer Mangelsituation leben, sich darauf konzentrieren müssen, diesen Mangel zu beseitigen. Sind die elementaren Bedürfnisse aber erst einmal befriedigt, wachsen die Ansprüche meist rascher als die Möglichkeiten zu ihrer Verwirklichung. Das Verhalten der Konsumenten in einer Wohlstandsgesellschaft ist mit dem einer Gruppe von Bergsteigern zu vergleichen, die hinter jedem erklommenen Gipfel einen neuen entdeckt und sofort den Wunsch verspürt, auch diesen zu besteigen.

Hieraus folgt zweierlei:

- Die Annahmen des ersten Gossenschen Gesetzes, wonach der Grenznutzen eines Gutes mit zunehmender Bedarfssättigung abnehme, lassen sich nicht ohne weiteres auf das Konsumverhalten in den reichen Volkswirtschaften übertragen. Es gilt gewiß nicht für solche Güter und Dienstleistungen, die wie die Wohnung, das Kraftfahrzeug oder die Urlaubsreise auch oder sogar überwiegend einen Prestige- oder Freizeitwert haben. Für den Bücherfreund, zum Beispiel, wäre es eine völlig absurde Vorstellung, daß der Nutzenzuwachs jedes zusätzlichen Buches, das er in seine Bibliothek einstellt, immer geringer wird.
  - Das Konsumproblem scheint in der Zukunft weniger ein Konkurrenzproblem als ein Komplementaritätsproblem zu sein. Die Deckung von Bedürfnissen weckt häufig neue Bedürfnisse, so daß ein - labiles - Konsumgleichgewicht erst dann erreicht wird, wenn ein bestimmtes, gemessen am Einkommen und am sozialen Status, ausgewogenes Güter-Dienstleistungspaket realisiert ist. So hat in der Vergangenheit das Bedürfnis nach gesteigertem Wohnkomfort nicht nur die Nachfrage nach Wohnungen hoch gehalten, sondern auch die Nachfrage nach Möbeln, Heimtextilien und Phonogeräten.
6. Wie wenig die orthodoxe Konsumtheorie dem Komplementaritätsgedanken Aufmerksamkeit geschenkt hat, soll anhand eines Argumentes untersucht werden,

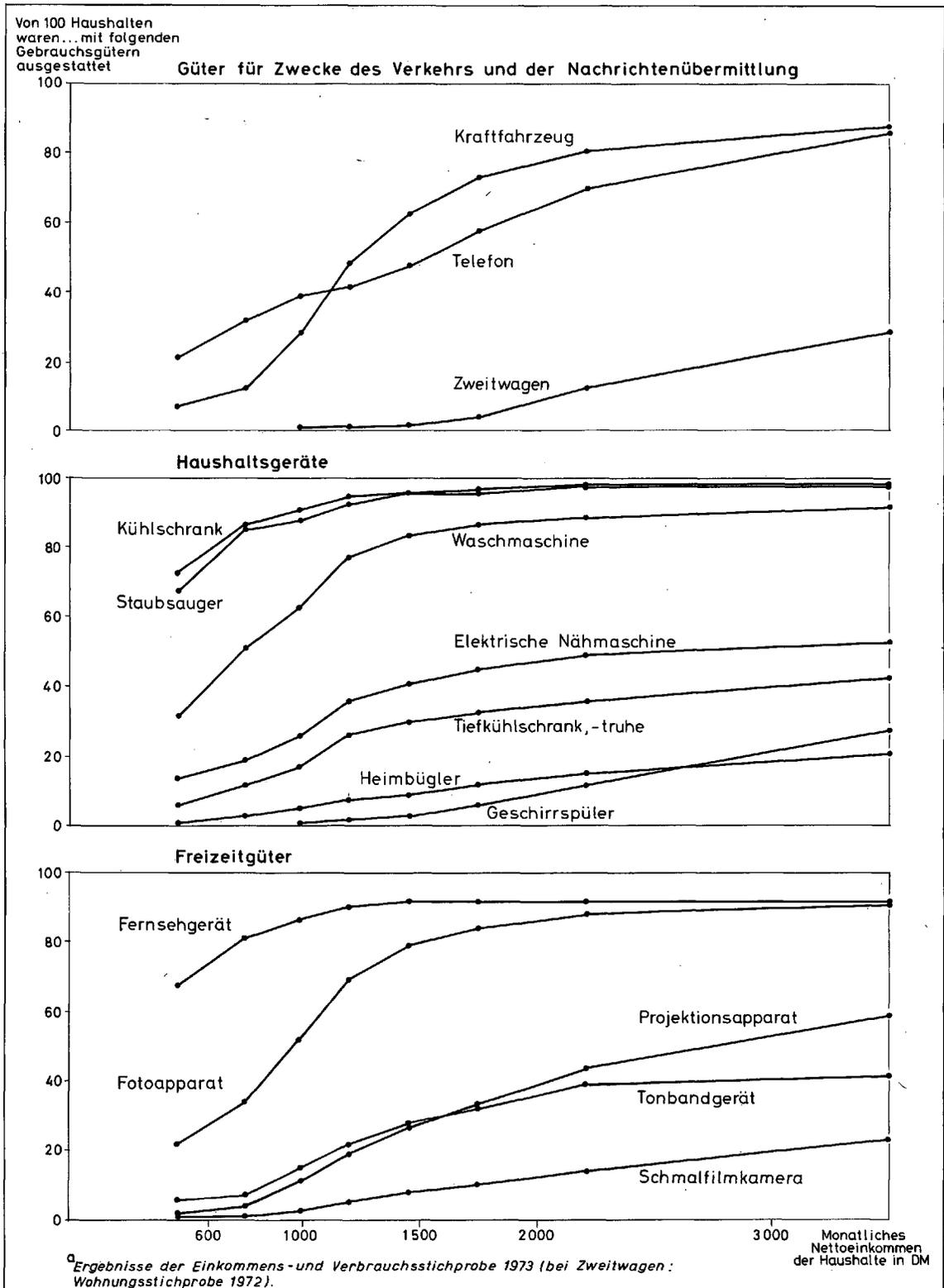
das häufig zur Erhärtung der Sättigungstheorie angeführt wird. Es wird gesagt, daß die Menschen, nachdem sie ihre wichtigsten materiellen Bedürfnisse erfüllt haben, gesteigerten Wert auf Freizeit legen. Verbrauch und Freizeit erscheinen hier als Alternative, wobei offenbar die Vorstellung dominiert, die Freizeit sei eine Art "Reproduktionsphase" zur Wiederherstellung der Arbeitskraft, die keine oder nur wenige Geldausgaben verursache. Tatsächlich zeichnet sich das heutige Freizeitverhalten durch mannigfache Aktivitäten aus, die mehr oder weniger Konsumcharakter tragen und einen nicht unbeträchtlichen finanziellen Aufwand bedingen. Empirische Untersuchungen haben für typische Freizeitgüter eine hohe Einkommenselastizität nachgewiesen, das heißt, der Anteil solcher Güter an den Gesamtausgaben nimmt mit steigendem Einkommen trendmäßig zu. Freizeitbeschäftigung dient häufig auch der Produktion von Gütern und Dienstleistungen. "These commodities are produced by the consumer unit itself through the productive activity of combining purchased market goods and services with some households' own time"<sup>1</sup>. Offenbar manifestiert sich darin wieder eine Abkehr vom Prinzip der arbeitsteiligen Wirtschaft mit spürbaren Impulsen für den Verbrauch, wie sich etwa an den steigenden Zuwachsraten der Hobbyindustrie ablesen läßt.

Eine etwas andere Variante des gleichen Themas ist die Behauptung, daß es früher oder später zur Stagnation des Verbrauchs kommen werde, weil es den Menschen an Zeit fehle, die zusätzlichen Güter zu nutzen. Es mag sein, daß dies wirklich die Sorgen einer kleinen Schicht rastloser Manager sind. - Aber das scheint mir nicht das Problem für die breite Masse der Bevölkerung zu sein, weder heute, noch in absehbarer Zukunft. Vielfach werden Konsumgüter und Dienstleistungen gerade deshalb erworben, um Zeit zu sparen. Zu denken ist an zubereitete Speisen, arbeitssparende Haushaltsmaschinen oder schnellere Verkehrsmittel. Vorerst verhält es sich immer noch so, daß zahlreiche Menschen auf mögliche Freizeit verzichten, um finanziellen Spielraum für zusätzlichen Konsum zu gewinnen, worauf die große Anzahl von "moonlighters" hinweist, das sind solche Arbeitnehmer, die nach Feierabend eine Nebenbeschäftigung ausüben.

7. Ein Blick in die Statistik macht deutlich, daß das Problem einer drohenden Bedarfssättigung vielleicht einmal das des Jahres 2076 sein kann, aber nicht dasjenige des Jahres 1976 ist. Wenn wir uns in der Bundesrepublik die Ausstattung der privaten Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern anschauen, so zeigt sich, daß erst bei ganz wenigen Gegenständen von einer weitgehenden Sättigung gesprochen werden kann (Schaubild). Hierzu gehören vor allem Kühlschränke, Staubsauger und Fernsehgeräte, bei denen schon in den mittleren Einkommensgruppen ein Sättigungsgrad von über 90 vH erreicht wird. Ähnlich ist die Situation bei Waschmaschinen, doch gibt es hier offenbar noch ein Ausstattungsdefizit in den Haushalten mit geringeren Einkommen, in der Regel Haushalte von Rentnern und Pensionären. Bei vielen anderen

<sup>1</sup> R. T. Michael, G. S. Becker, On the New Theory of Consumer Behavior. "The Swedish Journal of Economics", Stockholm, Vol. 75 (1973), S. 381.

Schaubild - Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Konsumgütern in der Bundesrepublik Deutschland 1973 a



Gütern kann indes von einer Sättigung keine Rede sein. Bei den gebräuchlichsten Haushaltsgeräten hatten 1973 im Durchschnitt von hundert Haushalten erst

- 37 eine elektrische Nähmaschine,
- 28 einen Tiefkühlschrank oder eine Tiefkühltruhe,
- 10 einen Heimbügler,
- 7 einen Geschirrspüler.

Bei typischen Freizeitgütern wurden ähnlich niedrige Quoten festgestellt: Von hundert Haushalten besaßen:

- 25 ein Tonbandgerät,
- 19 einen Kassettenrecorder,
- 15 ein Farbfernsehgerät,
- 8 eine Schmalfilmkamera.

Auch wenn man einräumen muß, daß bei einigen Gütern eine hundertprozentige Sättigung nicht erreicht werden wird - nicht jeder Haushalt wird sich eine Schmalfilmkamera oder ein Tonbandgerät anschaffen wollen -, so läßt doch der unterschiedliche Ausstattungsgrad zwischen Haushalten mit geringeren und höheren Einkommen auf ein erhebliches Nachfragepotential schließen: Bei Geschirrspülern hatten nur 2 vH aller Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 1 500 DM ein Gerät, und selbst bei den Haushalten mit mehr als 2 500 DM Einkommen waren es erst 20 vH. Zum Vergleich sei angeführt, daß in den Vereinigten Staaten im Durchschnitt 36 vH aller Haushalte über eine Geschirrspülmaschine verfügen, was man dort übrigens für ein sehr niedriges Sättigungsniveau hält.

8. Solche Sättigungskurven, wie sie sich aus statistischen Querschnittsdaten ermitteln lassen, unterschätzen zudem die Absatzchancen, und zwar aus zwei Gründen:

- Selbst wenn bei bestimmten Gütern jeder Haushalt über ein Gerät verfügen sollte, bedeutet dies noch nicht, daß die Sättigungsgrenze erreicht ist: Viele langlebige Gebrauchsgüter sind heute in den Haushalten mehrfach vorhanden oder werden in mehreren Exemplaren gewünscht, wie Kraftfahrzeuge, Fernsehgeräte oder Photoapparate. 1973 besaßen zwar schon 55 vH der Haushalte in der Bundesrepublik ein Kraftfahrzeug - die durchschnittliche Sättigungsgrenze dürfte zwischen 70 und 75 vH liegen -, aber erst 8 vH einen Zweit- oder Drittwagen. Auch können wir beobachten, wie sich einzelne Güter zu ganzen "Güterfamilien" weiterentwickeln, wie im Phonobereich, wo sich nach und nach zum Radioempfänger der Plattenspieler, das Tonbandgerät und der Kassettenrecorder gesellen. Hinzu kommt, daß zusätzlich zu den stationären Geräten oftmals noch sogenannte "Portables" erworben werden, etwa das tragbare Fernsehgerät für den Aufenthalt im Freien.
- Viele Güter, die wir morgen erwerben, befinden sich noch nicht im Handel, mitunter gibt es sie noch nicht einmal in unserer Phantasie. Man hat ermittelt, daß etwa die Hälfte aller "non-food-products", die heute in einem

Supermarkt angeboten werden, vor zehn Jahren in dieser Form noch nicht existierten, und wahrscheinlich wird in zehn Jahren die Hälfte der heutigen Produkte durch andere ersetzt sein<sup>1</sup>. Ein Blick in die Laboratorien eröffnet faszinierende Perspektiven. Man muß nicht einmal ein ausgesprochener Technologie-Optimist sein, wenn man die Prognose wagt, daß sich unser ganzer Lebensstil in den kommenden zwanzig bis dreißig Jahren entscheidend verändern wird, hervorgerufen durch den Vormarsch der Elektronik. Am Ende dieses Prozesses dürfte einmal der computergesteuerte Haushalt stehen, ausgestattet mit kleinen Computerkonsolen, die wiederum mit größeren Computern verbunden sind. An diesen Computerkonsolen erledigt die Familie künftig die großen und kleinen Dinge des täglichen Lebens: Der Vater läßt sich die Zeitung automatisch ausdrucken und macht seine Steuererklärung, die Mutter gibt ihre Bestellungen beim Kaufmann auf und bezahlt die Rechnungen, die Kinder lösen ihre Hausaufgaben und spielen mit ihren entfernt lebenden Freunden. Das mag alles reichlich visionär anmuten, doch sollten wir uns daran erinnern, wie wenig bisher unsere Phantasie ausgereicht hat, Zukunftstrends richtig zu antizipieren: In einer amerikanischen Technologieprognose aus dem Jahre 1937 wurden weder Computer, Kernkraftwerke, Düsenflugzeuge, Radargeräte, noch Antibiotica vorausgesehen<sup>2</sup>.

9. Trotzdem bleibt das Problem zu klären, warum sich die Verbraucher bei uns und anderswo immer noch hartnäckig weigern, wieder mehr zu kaufen. Schließlich sind die Masseneinkommen in den letzten Jahren weiter beträchtlich gestiegen, nicht so hingegen die Ausgaben für den privaten Verbrauch. Kann man sagen, daß damit die permanente Einkommenshypothese zu den Akten gelegt werden muß? Ich möchte antworten: Nein. Der kräftige Anstieg der Sparquote in den letzten beiden Jahren ist für mich ein zyklisches Phänomen; es entspricht der Stärke und der Dauer der Rezession. Daraus folgt aber auch, daß die Sparquote merklich sinken dürfte, wenn sich bei den Verbrauchern das Vertrauen in die weitere weltwirtschaftliche Entwicklung wieder einstellt. Es sieht ganz danach aus, als ob die "Konjunkturereagibilität" des privaten Verbrauchs in den letzten Jahren zugenommen hat. Dafür spricht unter anderem, daß mit zunehmendem Wohlstand der Anteil der lebensnotwendigen Ausgaben an den Gesamtausgaben sinkt, die Verbraucher also leichter als früher Käufe vorziehen oder aufschieben können. Während in der Vergangenheit die private Verbrauchsnachfrage, für sich genommen, den Zyklus gedämpft hat, dürfte sie ihn künftig eher verstärken. Dies macht es um so dringlicher, die Schwankungen der Investitionsnachfrage in engen Grenzen zu halten, damit daraus nicht eine zunehmende Instabilität des Wirtschaftsprozesses resultiert.

<sup>1</sup> Vgl. "The Economist", London, vom 25. Oktober 1975, S. 12.

<sup>2</sup> Vgl. J.-M. Baumer, Entwicklungstendenzen der amerikanischen-Wirtschaft. Kritische Würdigung der amerikanischen Wohlstandsgesellschaft in theoretischer und empirischer Sicht, unter besonderer Berücksichtigung des Sättigungsproblems im Konsum der privaten Haushalte. (St. Galler Wirtschaftswissenschaftliche Forschungen, Bd. 31) Tübingen 1974, S. 300.

10. Um das Urteil in einem Satz zusammenzufassen: Man kann sich sicher viele Gründe ausdenken, warum das wirtschaftliche Wachstum irgendwann in der Zukunft einmal erlahmen könnte; dem Argument der Bedarfssättigung messe ich hierbei aber keine große Bedeutung bei.

Norbert Walter

### Der neue Konjunkturaufschwung nur ein Zwischenhoch?

1. Nachdem das Jahr 1975 durch den Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank zum Jahr der Fehlprognosen erklärt wurde, neigt ein Konjunkturforscher nicht gerade dazu, mit neuen Prognosen für das Jahr 1976 besonders waghalsig zu sein. Wenn er es dennoch wagt, Konjunkturprognosen abzugeben, so einerseits deshalb, weil er qua Amt zu dieser Aufgabe aufgerufen ist, und andererseits, weil er vielleicht glaubt, eine nicht ganz unbrauchbare Theorie für den Wirtschaftsablauf zu kennen. Dieses "nicht ganz unbrauchbar" soll ohne Anspruch auf Präzision gemeint sein; nur ganz einfach in dem Sinne, daß die eigene Theorie bessere Prognoseergebnisse liefert als alternative Theorien.

Damit diese Äußerung - wenigstens für das vergangene Jahr 1975 - nicht nur naßforsche Behauptung bleibt, sei es gewagt, einen Satz zu zitieren: "Betrachtet man die Entwicklung des monetären Rahmens im Jahre 1974, der entscheidend dafür sein dürfte, was im Jahre 1975 an monetärer Nachfrage entfaltet wird, und macht man zusätzlich die kühn erscheinende Annahme, daß die Preissteigerungen 1975 um 25 vH niedriger sein werden als 1974, so ist für die westlichen Industrieländer insgesamt nicht zu sehen, wie man selbst ein Nullwachstum erreichen könnte"<sup>1</sup>. Heute wissen wir, daß selbst diese Prognose übertrieben optimistisch war, lag doch die gesamtwirtschaftliche Produktion der westlichen Industrieländer 1975 um rd. 2 1/2 vH unter dem Vorjahrsergebnis. Ende 1974 aber galt die Prognose einer Stagnation im Jahre 1975 als übertrieben pessimistisch.

Wenn nun diese Theorie für das Jahr 1975 bessere Ergebnisse zu liefern in der Lage war, sollte es dem Ökonomen erlaubt sein, sie wiederum anzuwenden. Angesichts der angelegten Wirtschaftspolitik und der noch anhaltenden Preisberuhigung läßt sich nach diesem Ansatz im Jahre 1976 für die Industrieländer insgesamt ein Anstieg des realen Sozialprodukts von 4 bis 5 vH erwarten.

2. Die Rezession der Jahre 1974 und 1975 war weitgehend eine Stabilisierungskrise. Angesichts der nur geringen Flexibilität der Erwartungen, die zu einer verzögerten Anpassung bei Preisen und Löhnen führte, war die Verminderung der monetären Expansion zu abrupt und zu drastisch erfolgt. Die Abwärtsentwicklung bei Produktion und Beschäftigung wurde durch eine gleichgerichtete Politik in den wichtigsten westlichen Industrieländern verschärft. Alle Notenbanken und Regierungen versuchten 1974 nämlich gemeinsam, die Inflation, die sich im Verlauf der Ölpreiserhöhung verschärft hatte, zu bekämpfen.

<sup>1</sup> Krise der Weltwirtschaft? Beiträge zu einer Round-Table-Diskussion des Instituts für Weltwirtschaft. (Kieler Diskussionsbeiträge, 37.) Kiel, Januar 1975, S. 26 f.

3. Angesichts der rasch steigenden Unterbeschäftigung wurde in der Bundesrepublik Deutschland die Fiskalpolitik schon Mitte 1974 und die Geldpolitik zu Beginn des Jahres 1975 auf einen gemäßigt expansiven Kurs gebracht. Die Wirkungen des Kurswechsels der Wirtschaftspolitik ließen lange Zeit auf sich warten. Zum größten Teil erklärt sich das Ausbleiben einer durchschlagenden Wirkung der internen Anregungsmaßnahmen mit dem extrem starken Exporteinbruch um die Jahreswende 1974/1975. Die Inlandsnachfrage dagegen hat sich, nach einem Rückgang im Jahre 1974 in Höhe von reichlich 2 vH, im Jahre 1975 auf dem Vorjahrsniveau gehalten.

Daß die Rezession 1975 überhaupt noch anhielt, ja sich sogar in der ersten Jahreshälfte verschärfte, hat in der Öffentlichkeit eine nachhaltige Desillusionierung über die Machbarkeit der Wirtschaftsentwicklung bewirkt. Im Gegensatz zu den sechziger Jahren, als die staatliche Globalsteuerung sichtbare und relativ rasche Erfolge bei der Rezessionsbekämpfung erzielte, schien die Steuerung in den siebziger Jahren nicht mehr möglich.

4. Mußte man bis zum Sommer 1975 die Hoffnungen auf den Aufschwung allein damit begründen, daß man bestimmte theoretische Zusammenhänge für plausibel hielt und daß sich die Konjunkturablaufmuster der Vergangenheit wiederholen werden, so sind seither die Zeichen für eine Besserung der wirtschaftlichen Entwicklung kaum noch zu übersehen. Zum einen blieb das befürchtete Auftragsloch nach dem Fristablauf für die Investitionszulage aus. Zum anderen hat sich seither ein deutlicher Anstieg der industriellen Produktion ergeben. Das Sozialprodukt hat im dritten Quartal erstmals seit rund eineinhalb Jahren nicht mehr abgenommen. Lediglich die Arbeitsmarktdaten - immer ein konjunktureller Spätindikator - zeigen noch keine Besserung an. Doch selbst in diesem Bereich ist die Verschlechterung zum Stillstand gekommen.
5. Die konjunkturelle Talfahrt ist also beendet. Dennoch: Niemand wagt gegenwärtig, alte Konjunkturmuster in die Zukunft zu extrapolieren. Niemand erwartet, was man eigentlich auf Grund aller historischen Erfahrung erwarten müßte, nämlich einen Maxiboom in den Jahren 1976 und 1977. Wir alle stehen gebannt dabei, wie sich ein Indikator um den anderen ins Positive wendet. Wir alle aber sind vorsichtig wie gebrannte Kinder und wagen es nicht, die angelegten Aufwärtstendenzen weiterzuzeichnen, d. h. einen nachhaltigen Aufschwung zu prognostizieren.

Dennoch: Wer ständig die niedrige Kapazitätsauslastung als Argument dafür verwendet, daß es ja nicht nötig sei zu investieren und es deshalb gar nicht zum Aufschwung kommen könne, braucht sich nicht zu wundern, wenn er den Aufschwung verschläft.

6. Die Fortführung der gemäßigt expansiven Geld- und Fiskalpolitik, aber auch die Belebung der Inlands- und Auslandsnachfrage bilden günstige Voraussetzungen dafür, daß sich die gegenwärtig zu beobachtende Verbesserung der wirtschaftlichen Aktivität weiter fortsetzt. Zuerst dürften die Impulse vom Lagerzyklus ausgehen, sind doch die Läger in dieser Rezession kräftiger als

sonst abgebaut worden, und ist angesichts der schon leicht belebten Nachfrage deutlich zu sehen, daß der Absatz oftmals durch nicht ausreichende Läger behindert wird. Die Inlandsausgaben werden 1976 auf Grund eines Anstiegs der Ausrüstungsinvestitionen und einer leicht verstärkten Zunahme des privaten Verbrauchs um rund 4 vH ansteigen. Die deutschen Exporte und Importe werden, wie in einer Aufschwungphase üblich, stärker ansteigen als die Gesamtnachfrage.

7. Für die Abschätzung der Inlandsnachfrage wurden zwei Verfahren verwendet. Einerseits wurde ein monetaristischer Ansatz gewählt, der eine relativ gute Übereinstimmung der prognostizierten mit der tatsächlichen Entwicklung aufweist. Unterstellt man, daß im nächsten Jahr die Preissteigerungen auf der Verbraucherstufe etwa bei 5 vH liegen werden, so werden nach diesem Ansatz die Inlandsausgaben im Jahre 1976 um rund 4 vH zunehmen.

Aber nicht nur auf Grund dieses Ansatzes erhält man eine solche Größenordnung für den Anstieg der Inlandsausgaben, auch ein eher keynesianischer Versuch, die Entwicklung abzuschätzen, bringt etwa gleiche Ergebnisse. Im einzelnen wird die Inlandsnachfrage bei den Ausrüstungsinvestitionen deshalb relativ günstig sein, weil die Auslieferungen auf Grund der Bestellungen, die mit der Investitionszulage prämiert werden, vor allem in das Jahr 1976 fallen. Darüber hinaus aber wird nach unserer Einschätzung im Jahre 1976 angesichts einer allmählichen Besserung der Situation der Bedarf für die Ersetzung alter Anlagen durch neue, technisch wirkungsvollere Anlagen sehr stark und sehr rasch ansteigen. Daneben dürfte der private Verbrauch, obgleich die Einkommensentwicklung im Jahre 1976 kaum mehr als die Sicherung des Realeinkommens bringen dürfte, geringfügig stärker zunehmen als im Jahr zuvor, weil angesichts einer verbesserten Beschäftigungserwartung die Sparquote sinken wird. Die Nachfrage nach deutschen Exporten, die sich schon im Herbst 1975 belebt hat, dürfte angesichts der weiteren Ankurbelungsmaßnahmen im Ausland weiter ansteigen und damit entscheidend zu einer Belebung der wirtschaftlichen Aktivität in der Bundesrepublik beitragen.

8. Wenn kaum Zweifel an einer konjunkturellen Belebung im Jahre 1976 bestehen, so ist zu fragen, warum überhaupt Zweifel an der Nachhaltigkeit des Aufschwungs angezeigt sind.

Diese Befürchtung resultiert aus zwei deutlich erkennbaren Verhaltensänderungen:

- Die Bundesbank betreibt - anders als früher - eine weitgehend erfolgreiche Geldmengensteuerung, begrenzt also den monetären Rahmen.
- Die Wirtschaftssubjekte haben weniger Geldillusion als früher, die Preise und Löhne erhöhen sich bereits bei einer geringeren Verstärkung der Nachfrage nach Gütern bzw. Arbeit.

9. Unterstellt man, daß die Bundesbank weiterhin eine potentialorientierte Geld-

politik betreibt, so werden den Preissteigerungen trotz der Konjunkturbelebungsweiter enge Grenzen gesetzt bleiben. Nur wenn sich das Verhalten der Tarifparteien rasch auf diesen auch im Aufschwung begrenzten monetären Rahmen einstellt, wird die jetzt angelegte Belebung über 1976 hinaus andauern können. Würden dagegen die Tarifparteien bei ihren Verhandlungen nicht auf die verengten Preiserhöhungsspielräume Rücksicht nehmen, so wäre bereits der Keim für die Behinderung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung gelegt. Dann würde sich also aus der gegenwärtigen Belebung nur ein Zwischenhoch entwickeln, nicht aber die Basis für einen nachhaltigen Aufschwung in Stabilität.

10. Mit einer Stabilisierungspolitik von Regierung und Zentralbank wäre also nur der Rahmen gegeben, der mehr Beschäftigung bei weniger Inflation zuläßt. Ob freilich dieser sich ständig verengende Rahmen mit realer Expansion oder mit Inflation ausgefüllt wird, hängt davon ab, ob der Wettbewerb funktioniert.

Ideal wäre es, wenn der Staat seine Globalsteuerung in dieser Situation durch eine Einkommenspolitik flankieren könnte, die sicherstellt, daß das Preis- und Lohnverhalten der Stabilisierungsstrategie entspricht. Eine solche ideale Welt freilich finden wir in der Realität nicht vor. Die Versuche mit der Einkommenspolitik in der Vergangenheit, sei es die konzertierte Aktion in der Bundesrepublik oder seien es Lohn- und Preiskontrollen in anderen Ländern, lassen nicht erwarten, daß man mit diesem Instrument sehr viel gewinnen könnte. Deshalb erscheint eine Strategie vorzuziehen, bei der man staatliche Überredungskünste und staatliche Regulierungen von Preisen und Löhnen durch eine Öffnung der Märkte substituiert. Dazu gehört nicht nur der freie Zugang zu deutschen Warenmärkten, beispielsweise der Abbau von Importbeschränkungen für Agrarerzeugnisse, Textilerzeugnisse sowie selbst für Kohle, sondern vielmehr auch der freie Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Ebenso selbstverständlich gehört dazu auch die Freiheit der Unternehmen, ihren Produktionsstandort in Länder mit niedrigeren Löhnen zu verlagern. Unter dem Druck des so erhöhten Wettbewerbs dürften Preis- und Lohnerhöhungen niedriger sein.

11. Zwar ist mit einer solchen Stabilisierungsstrategie, ausgehend von der gegenwärtig außerordentlich starken Unterauslastung, weder 1976 noch im Jahr darauf bereits wieder mit Vollbeschäftigung zu rechnen. Mit einer solchen behutsamen Wirtschaftspolitik würde nur eine allmähliche Höherauslastung der Sachkapazitäten und des Arbeitskräftepotentials einhergehen. Diese Strategie würde aber - und das ist ihr Vorteil - verhindern, daß sich die Inflation bereits wieder früh beschleunigt und die Wirtschaftspolitik erneut zum Bremsen gezwungen wäre. Käme es zu einem solchen Go-and-stop-Verhalten der Wirtschaftspolitik, so würde es sicherlich nach einer kurzen Belebung zu einer erneuten Verminderung der wirtschaftlichen Aktivität kommen, d. h. nur zu einem Zwischenhoch.

Wenn dagegen an der Festigkeit der wirtschaftspolitischen Instanzen bei der Verfolgung der Stabilitätsstrategie keine Zweifel bestehen, ließen sich möglicherweise die nötigen Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte, eine

Zurückhaltung bei Preisen und Löhnen, rascher bewirken und damit die Mengenkonzunktur beschleunigen.

12. Konkret wären an die staatliche Wirtschaftspolitik gegenwärtig folgende Forderungen zu stellen:

- Die Zentralbank soll eine an der Entwicklung des Produktionspotentials orientierte Geldpolitik steuern. Ideal wäre es, sie würde die Geldmenge in der Abgrenzung von  $M_1$  mit einer laufenden Jahresrate von 8 vH steigen lassen, solange bis sich der Aufschwung durchgesetzt hat. Danach sollte sie die Ausweitung der Geldmenge auf eine niedrigere Rate - beispielsweise 7 vH - verringern.
- Der Staat soll verbindlich erklären, daß nach 1976, einem Jahr also, in dem der Staat die Nachfrage noch stützen muß, seine Ausgaben nur noch in jenem Maße ansteigen werden, wie es der Entwicklung des Produktionspotentials entspricht.
- Der Staat sollte bei den von ihm direkt beeinflussbaren Entscheidungen hinsichtlich der Preise und Löhne seine Anpassungsfähigkeit demonstrieren. Er könnte dies bei den Tarifabschlüssen für den öffentlichen Dienst tun, indem er dort eine Lohnvereinbarung vorschlägt, die Lohnanpassungen in Abhängigkeit von der tatsächlichen Preis- und Konjunktorentwicklung vorsieht. Diese Anpassungen sollten immer erst dann vorgenommen werden, wenn über die Preis- und Konjunkturentwicklung bereits Daten vorliegen, d. h. im Nachhinein.
- Der Staat könnte seine Stabilisierungsstrategie dadurch glaubhaft machen, daß er sich gegenwärtig weigert, Staatsanleihen aufzulegen, die über längere Zeit laufen und hohe feste Nominalzinsversprechen beinhalten. Denn wenn der Staat heute für die Dauer von sechs oder sieben Jahren einen Nominalzins von über 8 % akzeptiert, so dokumentiert er dadurch wohl gleichzeitig, daß er kaum eine Wirtschaftspolitik betreiben wird, bei der sich die Inflationsrate rasch auf etwa 3 vH vermindert, denn damit würde der Staat ja sicherstellen, daß er seine Staatsanleihen mit mehr als 5% real verzinsen müßte. Eine solche Realverzinsung hat es aber bislang nur selten gegeben. Statt solcher Festzinsanleihen sollte der Staat deshalb Anleihen mit Indexbindung begeben.

13. In diesem Programm taucht die Fiskalpolitik als Mittel der Konjunktursteuerung nicht auf. Wer freilich deshalb meint, die Finanzpolitik sei arbeitslos geworden, verkennt, daß die Fiskalpolitik andere wichtige Aufgaben hat, nämlich solche allokativer und redistributiver Art. Probleme dieser Art sind in dieser Krise sehr viel stärker ausgeprägt, als es in früheren Rezessionen der Fall war, ist doch die gegenwärtige Krise mehr als andere auch eine Strukturkrise.

Herbert Giersch

## Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen

1. Die Industrialisierung der Entwicklungsländer, über die Dr. Donges gesprochen hat, verdient, wenn sie mit einer Eingliederung in die weltweite Arbeitsteilung verbunden ist, unsere volle Unterstützung. In dem, was man die Philosophie dieses Hauses nennen könnte, hat sie traditionsgemäß einen hohen Stellenwert. Wichtig dafür sind heute unter anderem folgende Gründe:

Erstens: Es gibt in der Dritten Welt viel Armut und ein Heer von Arbeitslosen, das 200-250 Millionen umfaßt. Die Bekämpfung der Armut durch Schaffung von Arbeitsplätzen verlangt mehr als nur die Förderung der Landwirtschaft, so sehr man diese dort vielleicht vernachlässigt hat. Über die Produktion und die erste Verarbeitung der Rohstoffe hinaus müssen diese Länder mehr und mehr auch eine Produktion von gewerblichen Gütern aufbauen.

Zweitens: Handel ist besser als Konflikt, weil es beim Konflikt nur um die Verteilung des Bestehenden geht und vielfach im Konflikt das Bestehende vermindert wird. Handel aber, der mit mehr Arbeitsteilung und Spezialisierung einhergeht, macht das, was verteilt werden kann, größer. Durch weltweiten Handel können wir das Welt-Sozialprodukt vergrößern und in den armen Ländern wie bei uns den Lebensstandard erhöhen.

Drittens: Wir sollten die Eingliederung der Entwicklungsländer in die wachsende Weltwirtschaft unterstützen, indem wir unsere Märkte den Erzeugnissen dieser Länder öffnen. Die Dritte Welt kann sich dann die Devisen, die sie für ihre Importe und den Schuldendienst braucht, verdienen. Und was man verdient, braucht man nicht in der politischen Arena zu fordern oder als Almosen zu erbetteln. Handel statt Hilfe - oder Handelshilfe durch Öffnung unserer Märkte - ist Hilfe zur Selbsthilfe; sie dient der Selbstachtung derer, denen geholfen wird.

Viertens: Wenn wir für die Öffnung unserer Märkte eine Gegenleistung von den Entwicklungsländern verlangen wollen, so sollten wir eine Regelung fordern, die den Entwicklungsländern beim Aufbau ihrer Industrie und uns bei der Bewältigung der eigenen Strukturanpassung hilft. Länder, deren Erzeugnisse oder Arbeitskräfte freien Zugang zu unseren Märkten erhalten, sollten dazu veranlaßt werden, sich mit uns und anderen kapitalreichen Ländern zu einer Zone freien Kapitalverkehrs zusammenzuschließen - mit einem Garantie- und Versicherungsarrangement zur Abdeckung außerwirtschaftlicher Investitionsrisiken. War freier Handel das weltwirtschaftliche Ziel, das im dritten Viertel des zwanzigsten Jahrhunderts im Vordergrund stand, so wird es unsere Aufgabe in dem beginnenden letzten

Vierteljahrhundert sein, den Ressourcentransfer zu liberalisieren, vor allem um den Kapitalausgleich zwischen den reichen und den armen Ländern zu ermöglichen.

2. Aus diesen weltwirtschaftlichen Tendenzen und Aufgaben ergeben sich Probleme der Strukturanpassung bei uns. Auf sie hat Professor Fels eindringlich hingewiesen. Der Druck steigender Löhne im Inland und der Wettbewerbsdruck der Importe aus den Entwicklungsländern machen traditionelle Arbeitsplätze obsolet. Sie veralten oder erweisen sich schon als veraltet und müssen im neuen Aufschwung durch neue und bessere ersetzt werden. Welcher Art diese Arbeitsplätze sein müssen, können wir nur allgemein sagen: kapitalintensiv, forschungsintensiv und so, daß sie dem zunehmenden Angebot an qualifizierten Arbeitskräften entsprechen. Die hohen Löhne, die bei uns verlangt werden, lassen sich im weltweiten Wettbewerb nur verdienen mit Produkten, die den hohen Qualitätsansprüchen der wohlhabenden Leute genügen, oder mit Investitionsgütern, die den Käufern hohe Produktivitätsfortschritte versprechen. Sättigungserscheinungen sehen wir da nicht. Um herauszufinden, wo für uns die Marktchancen der Zukunft konkret liegen werden, reicht der Wissensstand, den das Institut für Weltwirtschaft hat oder eventuell erlangen könnte, nicht aus. Dazu brauchen wir den Wettbewerb, den Nobelpreisträger Friedrich von Hayek in seinem Kieler Vortrag<sup>1</sup> einmal als Entdeckungsverfahren bezeichnet hat. Die Entdecker, die dieses Herausfinden im Wettbewerb besorgen, nennen wir Unternehmer. Sie haben die Aufgabe, Risiken zu übernehmen, gegen die man sich bei keiner Versicherungsgesellschaft versichern kann. Die Prämien, die wir dafür bezahlen müssen, nennen wir Gewinn. Bisher sind wir mit diesem Arrangement in der Bundesrepublik gut gefahren. Hoffen wir für die Zukunft, daß sich dies im Generationswechsel nicht verschlechtert. Denn ein Land, das an die Spitze der internationalen Wachstumsliga vorgeprescht ist, kann sich dort nur halten, wenn genügend neue Ideen produziert und von wagemutigen Unternehmern am Markt durchgesetzt werden. Der Aufschwung, der uns bevorsteht, wird müde oder kraftvoll sein, je nachdem, wie die Unternehmer auf die Herausforderung des Strukturwandels reagieren.
3. Zum Konjunkturproblem, über das Dr. Walter gesprochen hat, möchte ich folgende Thesen aufstellen:

Erstens: Die gegenwärtige Rezession war deshalb so lang und so tief, weil sie mit der Hypothek eines aufgeschobenen Strukturwandels belastet war. Wir haben erst 1975 die Spätfolgen einer lang anhaltenden Unterbewertung der D-Mark und der immer wieder hinausgezögerten Wechselkursanpassung zu spüren bekommen. Als der Dollarkurs unter DM 2,50 fiel, hatten wir eine weltweite Überkonjunktur. Unsere Exporte waren wettbewerbsfähig, weil wir pünktlicher liefern konnten als andere. Als die weltweite Talfahrt begann, gab es keine Pünkt-

<sup>1</sup> F. A. von Hayek, Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. (Kieler Vorträge, N. F., 56.) Kiel 1968.

lichkeitsrenten mehr zu kassieren. Mit der üblichen Verzögerung haben wir dies Anfang 1975 zu spüren bekommen.'

- Zweitens: Die weltweite Rezession, die wie ein Bumerang unsere Exporte getroffen hat, war - von Strukturproblemen abgesehen - eine Stabilisierungskrise. Als solche ist sie in einer Publikation dieses Hauses vom Oktober 1973 vorhergesehen worden, natürlich nicht mit genauer Zeitangabe. Wörtlich heißt es<sup>1</sup>: "Der Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung vollzieht sich in mehrjährigen Konjunkturzyklen. Von Zyklus zu Zyklus hat in den letzten 10 bis 15 Jahren der Geldwertschwund zugenommen, bei uns wie in anderen Ländern. Sicher wird es, nachdem wir den Höhepunkt des sechsten Zyklus nach dem Kriege fast schon überschritten haben, beim Preisanstieg eine Tendenzwende geben, vor allem wenn die Konjunkturpolitik weiterhin auf Stabilitätskurs bleibt. Aber es wird wohl wieder nur eine vorübergehende Tendenzwende sein; sie wird die Inflationsrate vielleicht auf 5 vH oder etwas darunter zurückführen, aber nur für begrenzte Zeit. Denn wenn uns nichts Neues einfällt, kann es beim Bremsvorgang nicht ohne Beschäftigungseinbußen abgehen. Spätestens dann, wenn die Arbeitslosigkeit sich dem Stand von 1967 nähert, wird man sich zum Durchstarten veranlaßt sehen." Uns ist nichts Neues eingefallen; wir haben gebremst; und es hat einen Konjunkturbruch gegeben, der sich in der Nachkriegszeit höchstens mit dem von 1967 vergleichen läßt. Die Wirtschaftswissenschaft mag nicht in der Lage sein, zeitbezogene Prognosen auf Punkt und Komma richtig abzugeben. Aber wenn es um Tendenzvorhersagen und wirtschaftspolitische Fehlentwicklungen geht, sind wir nicht ganz so schlecht wie unser derzeitiger Ruf und auch nicht viel schlechter als die bestellten Prognostiker in anderen Disziplinen, die Meteorologie nicht ausgenommen.
- Drittens: Was den neuen Aufschwung anlangt, so darf ich vielleicht wiederum eine Äußerung aus dem Institut vom 26. April 1975 zitieren<sup>2</sup>: "Woher der neue Aufschwung in der Bundesrepublik seine Antriebskraft erhalten soll, wenn es sich im Gegensatz zu 1967/68 nicht um einen exportinduzierten Aufschwung handeln kann ... ist die große Frage, auf die ich noch keine gute Antwort gehört oder gefunden habe. Trotzdem bin ich überzeugt, daß dieser Aufschwung früher oder später einsetzen wird, wenn nicht im Spätsommer oder im Herbst, dann im Frühjahr 1976." Dem hat Dr. Walter in seinem Beitrag einige wesentliche Detailinformationen hinzugefügt.

<sup>1</sup> H. Giersch, Indexklauseln und Inflationsbekämpfung. (Kieler Diskussionsbeiträge, 32.) Kiel, Oktober 1973. S. 1.

<sup>2</sup> Derselbe, Den Strukturwandel bewältigen. Die Konjunktur im Schatten weltweiter Veränderung. "Frankfurter Allgemeine Zeitung", Frankfurt/Main, vom 26. April 1975, S. 11.

Viertens: Zum Verhältnis von Konjunktur und Struktur im neuen Aufschwung möchte ich schlagwortartig folgendes sagen: Niemand erwarte einen kräftigen Aufschwung als Geschenk von Regierung und Notenbank. Deshalb sollten die Unternehmer ebenso wie die Wirtschaftspolitiker das Buch von Keynes, das vor knapp vier Jahrzehnten erschien, in die Ecke stellen. Für diejenigen, die noch Wachstum wollen, und vor allem ein qualitatives Wachstum, sei ein anderer Klassiker der Wirtschaftswissenschaft empfohlen. Nicht Keynes regiert die Stunde, sondern Schumpeter. Und dessen Held ist nicht der Staat, sondern der dynamische Unternehmer. Von ihm erwarten wir mit Schumpeter, daß er die Konkurrenz bejaht als einen Prozeß der schöpferischen Zerstörung des Alten durch das Neue und daß er den Strukturwandel nicht scheut, sondern vorausgreifend bewältigt.

Fünftens: Was uns auf mittlere Sicht bedrückt, ist die Gefahr, daß sich die Inflation beschleunigt, sobald der Aufschwung an Kraft gewinnt. Ob die achtköpfige Expertengruppe der OECD zum Studium eines Wachstums ohne Inflation zu brauchbaren und einhelligen Vorschlägen kommen wird, ist ungewiß. Und bevor solche Vorschläge von der öffentlichen Meinung als realistisch angesehen und dann von den Politikern akzeptiert werden können, vergeht zumeist mindestens noch gut ein Jahr. Was vom Institut für Weltwirtschaft zur Lösung dieses Problems beigetragen werden kann, ist mit dem Schlagwort von der Öffnung der Märkte schon angedeutet worden. Konkret heißt die Lösung: Sobald sich die Gefahr abzeichnet, daß die Mengenkonzunktur in eine Preiskonzunktur umschlägt, brauchen wir den Preiswettbewerb von außen, vor allem aus den Ländern, die den Weg der Integration in die Weltwirtschaft beschritten haben und die, wie gesagt, unsere Märkte brauchen, damit sie mehr Kapitalgüter importieren und mehr Arbeitsplätze schaffen können.

Damit schließt sich der Kreis einer Konzeption für eine Ordnung der Weltwirtschaft, die auf offene Märkte und Freizügigkeit, auf Wachstum durch Strukturwandel und auf Stabilität durch Wettbewerb abstellt. Von den Regierungen verlangt diese Konzeption die Einsicht, daß es keinen Sinn hat, gegen den Markt zu regieren. Vielmehr kommt es darauf an, in der internationalen Wirtschaftspolitik so miteinander zu kooperieren, daß die Märkte stabiler und die Anpassungsprozesse reibungsloser werden.

Für die Konjunkturpolitik heißt dies: Nicht im Gleichschritt, sondern ohne Tritt, Marsch.

Für die Wachstumspolitik heißt dies: Anpassungshilfen statt Erhaltungssubventionen.

Und für die Entwicklungspolitik bedeutet es: Nicht Konflikt, sondern Kooperation in dem Bemühen, die Chancen des weltwirtschaftlichen Strukturwandels zum Vorteil aller auszubeuten.

Das mag alles sehr plakativ klingen, aber wenn es darum geht, das Fazit aus einer langen Diskussion zu ziehen, darf man auf Nuancen wohl verzichten.